

Rede von Günter Gleising am 10. Oktober 2017
auf der Gedenkveranstaltung zum Tag der Opfer des Faschismus
auf dem Friedhof Freigrafendamm

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten!
Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Einstieg

Heute gedenken wir der acht hingerichteten und erschlagenen Widerstandskämpfer, deren Urnen hier beigesetzt sind. Einen möchte ich heute hervorheben: Josef Langner. (Hinweis auf Kissenstein).

Josef Langner wurde am 13. Dezember 1943 im Alter von 43 Jahren im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

Er gehörte einer Widerstandsgruppe im Stahlwerk II des Bochumer Vereins an, die intensive Kontakte zu Zwangsarbeitern hatte. Die Nachrichten von abgehörten ausländischen Sendern, z. B. über das Vorrücken der sowjetischen Streitkräfte, waren vor allem für die ukrainischen und russischen Zwangsarbeiter wichtig und stärkten ihren Lebensmut. Ende 1942 wurden drei BV-Arbeiter von der Gestapo verhaftet. In der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof wurden am 17. September 1943 Anton Kolodziej (Wattenscheid) und Josef Langner (Bochum-Riemke) zum Tode verurteilt, Johann Mlodoch erhielt eine 5 jährige Zuchthausstrafe.

Einschub: Für Josef Langner und Anton Kolodziej hat die VVN 2 Stolpersteine gestiftet, die am 20. Oktober in Hofstede und Wattenscheid verlegt werden.

Gleichzeitig wollen wir in unsere Erinnerung und unser Gedenken alle Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus einbeziehen.

Liebe Anwesende!

Vor einigen Jahren haben wir unsere Gedenkveranstaltung auf den - fast vergessenen - Gedenktag für die Opfer des Faschismus jeweils am 2 Sonntag im September verlegt. Davor beteiligten wir uns an dem Volkstrauertag im November. Der Hintergrund für diese Entscheidung war, dass der Volkstrauertag in unerträglicher Weise auch zur Rechtfertigung von deutscher Kriegsbeteiligung missbraucht und der antifaschistische Widerstand durch ein erinnern an „alle Opfer von Gewalt und politischer Verfolgung“ entwertet wurde.

Frieden

Diese Thematik möchte ich auch heute aufgreifen. Denn unsere Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte gehören nicht zu denen, die Konsequenzen aus den zwei von Deutschland angezettelten Weltkriegen und von Deutschland mitgeführten Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens gezogen haben.

Die Feldzüge im Namen des Kampfes gegen den Terror in Afghanistan und Irak machten Terrororganisation wie al-Qaida, IS und andere erst stark. Staaten die diese Organisationen förderten, wie Saudi-Arabien, wurden von der Bundesrepublik mit Wirtschafts- und Militärgütern ausgerüstet.

Die Versuche, die politischen Verhältnisse in Ländern wie Syrien und Lybien mit kriegerischen Mitteln zu verändern und ihnen die US-kapitalistisch-westlichen Verhältnisse überzustülpen, führte zu desaströsen Zuständen, Krieg und unermesslichen Leid der Bevölkerung.

„Der Krieg ist ... ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“ Er ist eine „bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

Dies formulierte der deutsche Militärtheoretiker General von Clausewitz vor fast 200 Jahren (Clausewitz: Vom Kriege, Buch I, Kapitel 1, Abschnitt 2).

In den politischen und militärischen Stäben der Nato und in den westlichen Regierungen sind Clausewitz Gedanken „vom Kriege“ bis heute Lehrmeinung. Und nicht nur das, sie werden auch angewandt.

Waffen und Rüstungsexporte

Aber wir leben im 21. Jahrhundert! Notwendig wäre ein Bruch mit diesen Gedankengebilde! Und – die Hinwendung zu einer wirklichen Friedenspolitik, der Beendigung des deutschen Vormachtstrebens und der Einsatz für eine gerechte und soziale Weltwirtschaftsordnung. Aber es geschieht das Gegenteil.

Bundeskanzlerin Merkel forderte bei der Vorstellung des „Weißbuches zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr“ im vergangenen Jahr dazu auf in einer „veränderten Sicherheitslage, die sicherheitspolitischen Interessen, Prioritäten und Ziele unseres Landes neu zu definieren“.

Was das heißt?

Auch das formulierte Merkel ganz offen.

Zitat: „Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht verpflichten uns... Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen“. Und Merkel sieht in der künftigen Ausrichtung der Bundeswehr“ ein wichtiges Instrument deutscher Sicherheitspolitik“.

Konkret heißt das, das neoliberale Wirtschaftsmodell und die deutsche Wirtschaftsmacht anderen aufzudrängen - auch militärisch.

Konkret heißt das, dass ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm droht. Die Bundesregierung will bis 2030 die zusätzlich 130 Mrd. € in die Ausrüstung der

Bundeswehr stecken und schrittweise die jährlichen Militärausgaben auf 40 Mrd. 2020 erhöhen.

Konkret heißt das, die Bundeswehr, die Marine und die Luftwaffe werden verstärkt international z. B. bei der Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge eingesetzt wird.

Kanzlerin Merkel spricht davon, dass Deutschland verstärkt Waffen in Kriegsgebiete liefern soll, um so der Regierung genehme Kriegsparteien zu unterstützen. Deutschland liefert Waffen in die Kriegsregion.

Diese Politik zielt vor allen auch darauf ab, deutschen Waren internationale Märkte zu erschließen und weltweit die Rohstoffversorgung Deutschlands zu sichern.

Einschub: Trailer der Bundeswehr zur Sicherung des Bananenkonsums der Deutschen.

Nur ganz nebenbei. Es schert weder Merkel noch Schulz, noch CDU, SPD, Grüne, FDP, dass diese Politik grundgesetz- und völkerrechtswidrig ist. Artikel 26 des Grundgesetzes verpflichtet Deutschland, für das friedliche Zusammenleben der Völker einzutreten. Gemäß den beiden Ausführungsgesetzen des Rüstungsexports, dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG), kommen Waffenexporte nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht.

Aber der Verfassungsbruch wird nicht nur hingenommen, sondern auch aktiv betrieben.

Bundeswehrwerbung

Krieg beginnt hier. Er beginnt nicht nur mit dem gewaltigen militärischen Aufrüstungsprogramm, mit der Lieferung von Waffen in Ländern wie Saudi-Arabien und die Türkei, sondern - ganz wichtig – mit der Rekrutierung von neuen Soldaten.

Mit Medienkampagnen sollen junge Menschen geworben werden. Und die Koalition von CDU und SPD meinte nicht darum herumzukommen, im Koalitionsvertrag erstmalig festzuhalten " Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich."

Die Werbeoffensive der Armee insgesamt hat breite Proteste hervorgerufen. Mit phantasievollen Aktionen stellen sich Jugendverbände, Schülervertretungen, die Gewerkschaft GEW und viele Organisationen der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung immer wieder der Bundeswehr in den Weg, wenn sie mit ihren Info-

Trucks und smarten Karriereberatern vor den Schulen oder auf speziellen Berufsbildungsmessen auftauchen.

Und diese Proteste und öffentlich Diskussion um die Ziele dieser Werbemaßnahmen sind wichtig und müssen verstärkt und gerade auch von uns Älteren unterstützt werden.

Liebe Anwesende!

Gegen Nazis und AfD

Das Denkmal hinter mir steht für den antifaschistischen Widerstandskampf in der Zeit von 1933 bis 1945.

Nach wie vor gilt Brechts Warnung, die er im Schlusssatz des Epilogs zum Theaterstück „Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui formuliert: „Ihr aber lernet, wie man sieht, statt stiert ... Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.“

Brecht drückte damit aus, dass die Kräfte, die den Militarismus schufen und den Faschismus an die Macht brachten, weiterhin existent sind. Und ich füge hinzu bis in die heutige Zeit. Und – wie aktuell dies ist zeigt die jüngste Entwicklung in unserem Land. Täglich greifen Rassisten Flüchtlingsheime an, Übergriffe nehmen drastisch zu. Erschreckend viele Menschen nehmen an fremdenfeindlichen und rassistischen Aufmärschen teil, kann schlimmste Hetze gegen Geflüchtete und Andersdenkende verbreitet werden.

Währenddessen wird die „Alternative für Deutschland“ (AfD) zunehmend zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. An vielen Orten ist die AfD Zentrum der extremen Rechten geworden. Abgeordnete der AfD verbreiten Nazi-Parolen und hetzen gegen Andersdenkende. Die AfD ist zu einer ernsthaften Gefahr für die Demokratie, für uns alle geworden!

Daran am Vorabend der Bundestagswahl zu erinnern, ist ein Gebot der Stunde. Ebenso wie dazu aufzurufen, sich der Rechten und der AfD entgegen zu stellen!

Wir aber wollen, dass das Rad der Geschichte nicht zurück gedreht werden kann, um sicherzustellen, dass neue Geschichtslügen auf unfruchtbaren Boden treffen. Wir treten dafür ein, dass das Anwachsen des Neonazismus, des Rassismus und die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik gestoppt werden.

Die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, der sozialen Not und Ungerechtigkeit darf nicht den Rechten und Neofaschisten überlassen werden. Der Protest muss wieder links werden!

Gegen Rassismus - Fluchtursachen bekämpfen – eine neue Weltordnung erkämpfen

Die antifaschistische Bewegung war immer auch eine internationale Bewegung. In den Betrieben, bei Widerstandsaktivitäten ja in Gefängnissen und

Konzentrationslagern: Die Solidarität, die Hilfe und Unterstützung untereinander und gegenüber von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern war prägend.

Die Anrede „Kameradinnen und Kameraden“ in der VVN stammt aus dieser Zeit und wurde 1946 bei der Gründung ganz bewusst gewählt. Ausdruck dieser Haltung ist auch die Verbundenheit der VVN mit Verbänden in vielen Ländern in Europa und Israel sowie das große Engagement der VVN innerhalb der Internationalen Föderation der Organisationen des antifaschistischen Widerstandes.

Während wir heute der Opfer des Faschismus gedenken, ist uns allen bewusst, dass rechte Gewalt keineswegs eine historische Angelegenheit ist. Im Gegenteil: Rechte Gewalt, die teilweise tödlich endet, ist ein aktuelles, politisches Problem unserer Gesellschaft. Verwiesen sei hier auf die faschistischen Morde des NSU und auf die rassistischen Übergriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Diese Entwicklungen nicht ernst zu nehmen, sie zu verharmlosen ist – gelinde gesagt- verantwortungslos und brandgefährlich.

Es ist zudem heuchlerisch, so zu tun, als habe die etablierte Politik es nicht zu verantworten, dass sogenannte besorgte Bürger die rechte Propaganda mit solchen Wahlerfolgen belohnen, wie jüngst im Saarland, in Schleswig Holstein und in NRW.

Wenn in diesem Land die Regierung international dafür eintritt, neue Grenzen und Grenzzäune zu ziehen, das Recht auf Asyl, Flucht und die Aufnahme von geflüchteten und schutzsuchenden Menschen in Frage stellen, dann darf man sich nicht darüber wundern, dass rechte und nationalistische Ideologien einen Nährboden in unserer Gesellschaft finden.

Zur Wahrheit gehört auch, dass es keine Flucht ohne Fluchtursachen gibt. Es sind die Kriege, die schlechten Existenzbedingungen, die Umweltzerstörungen, die diese Menschen zur Flucht zwingen. Dies zu erkennen und anzuprangern ist wichtig.

Zur Wahrheit gehört auch, Rassismus stets beim Namen zu nennen. Wenn Rassismus nicht als solcher bezeichnet wird, sondern sich eine Kultur des „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ etabliert, dürfen wir uns nicht mehr darüber wundern, dass sich der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft immer fester verankert.

Denn Rassismus ist eine soziale Frage. In widerlicher Weise schüren rechte Ideologen in faschistischer Manier rassistische Ressentiments, indem sie sozioökonomische Verhältnisse ‚ethnisieren‘ und von der Überlegenheit der weißen Rasse und des sog. Abendlandes sprechen.

Die Antwort auf die soziale Frage ist keineswegs eine rechte, völkisch-nationalistische Ideologie; wie wir aus der Geschichte gelernt haben. Nein, mit Mauern, Zäunen und Gewalt lassen sich nicht die Flüchtlingsströme bewältigen.

Dabei gab es in der zurückliegenden Geschichte immer wieder Versuche eine grundlegende und grundsätzliche Wendung zu propagieren.

So durch den „Club of Rome“, einer Vereinigung von liberaleren Unternehmern und Wissenschaftlern, der 1972 die These von den „Grenzen des Wachstums“ aufzeigte.

Zu nennen wäre da auch die Nord-Süd-Kommission, maßgeblich von Willy Brandt und Olof Palme initiiert, die 1980 das „Überleben mit einer Einbeziehung der Probleme der dritten Welt erreichen und eine neue Weltwirtschaftsordnung unter Einbeziehung der Länder des Südens erreichen wollte.

Als drittes ist das Weltsozialforum zu nennen, das 2009 die These entwickelte, dass die globale Krise nicht mehr mit den Mitteln des Kapitalismus zu bewältigen ist und die westliche Politik bisher nur dazu geführt hat, die „Verluste zu sozialisieren“.

Aber von den Mächtigen, den meisten Regierungen und der hinter ihnen stehenden Kräfte blieben diese Denkansätze und Lösungsvorschläge unbeachtet.

Der entfesselte Kapitalismus, als „Markt“ bezeichnet, walzte in den vergangenen fast 20 Jahren alles nieder. Die neoliberale Offensive eroberte die Märkte im Osten und Süden, zerstörte viele Lebensbedingungen auf dem Balkan, in Afrika und in Ländern Süd- und Lateinamerikas.

Die Folge waren und sind gewaltige Flüchtlingsströme, die durch die von mir schon genannten Kriege weiter eskalierten.

Aber es bleibt dabei. Aus meiner Sicht ist der Kampf für eine soziale, solidarische, gerechtere, friedliche und naturerhaltende Welt der einzige Schlüssel die vielen Probleme unserer Zeit zu lösen. Auch wenn wir von dieser Entwicklung derzeit sehr weit entfernt sind, unser Einsatz und unsere Aufklärungsarbeit die Aktivitäten von vielen anderen für diese Ziele ist unerlässlich.

Abschließend möchte ich an den Philosophen und Marxisten Ernst Bloch erinnern, der sinngemäß gesagt hat, dass die Feuer für mehr Menschenrechte und gegen Krieg, Faschismus, Unterdrückung und Ausbeutung in der Geschichte des Kapitalismus von den Herrschenden unter Einsatz brutalster militärischer Gewalt immer wieder gelöscht wurden, aber die Glut unter der Asche nicht gelöscht werden konnte.

Lasst uns mit dafür sorgen, dass aus dieser Glut wieder ein Feuer wird! Das sind wir denen, derer wir heute gedenken, schuldig.